

presse

Quotenstreit der Bundesregierung ist bizarr und geht zu Lasten der Frauen

Anlässlich der heutigen Aktuellen Stunde mit dem Thema "Unterschiedliche Auffassungen in der Bundesregierung zur Frauenquote" erklären die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks und die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik Christel Humme:

Anstatt zu handeln streitet die Bundesregierung. Nach zehn Jahren Freiwilliger Vereinbarung mit der Wirtschaft sind Frauen in Führungspositionen immer noch mit der Lupe zu suchen. Anstatt entschlossen etwas dagegen zu unternehmen, streiten sich erst einmal die Frauen- und die Arbeitsministerin in aller Öffentlichkeit. Während die zuständige Frauenministerin Schröder stur auf Freiwilligkeit der Unternehmen setzt, hat Frau von der Leyen ganz plötzlich die Notwendigkeit einer gesetzlichen Frauenquote erkannt. Um dies zu beenden, kam dann das Machtwort der Kanzlerin: Mit ihr werde es keine Quote geben. Frau Merkel lässt die Frauen im Stich. Machterhalt durch verordneten Koalitionsfrieden steht für die Kanzlerin über erforderlichem Regierungshandeln.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert schon seit langem eine gesetzliche Quote von mindestens 40 Prozent in Aufsichtsräten und Vorständen großer Unternehmen.

Die positiven Erfahrungen in Norwegen, das 2003 als erstes Land eine Frauenquote von 40 Prozent für Aufsichtsräte eingeführt hat, machen deutlich: Der Schlüssel zum Erfolg ist eine gesetzliche Quote. Ihre Einführung wird kommen, wenn nicht mit dieser Regierung, spätestens dann 2013 mit einer anderen.